

Kaukasische Post

Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Кирочная, № 25, Lokal des 3.-K. s.
Sprechstunden von 6¹/₂—7¹/₂ Uhr abends.

Mittwoch—Sonabend.

Bezugspreis: 9 Rbl. vierteljährlich. Anzeigen:
die 2-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten
Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 16.

Tiflis, den 14. April. (27. April.) 1918.

10. Jahrgang.

≡ Jugend-Verein. ≡

Sonntag, den 15. April

findet die Gesangstunde

um 5 Uhr statt.

Der gewöhnliche Vereinsabend fällt aus.

Der Vorstand.

Dr. med. Leo Schereschewsky.

Prakt. Arzt.

—Innere- & Nervenkrankheiten—

Von 1 bis 3 Uhr täglich.

Fernsprecher: 12—46. Верийский суук, 5. 10—1

Dr. Emma Rolloff.

—Kinderkrankheiten—

Von 5 bis 6 Uhr täglich, ausser Sonntagen.

(Великовняжская, 85.) 20—9

Über unsere nationalen Aufgaben.

Wir sprachen uns schon mehrmals aus über die gegenwärtige Lage Transkaukasiens und über seine zukünftige Stellung in der Reihe anderer Staaten, wie sie uns erwünscht erscheint. Wir traten ein für die Selbständigkeits- und Neutralitätserklärung unseres Landes, weil seine Bürger dadurch ein für allemal von der Notwendigkeit befreit wären, für die sich in Eroberungslust aufschredenden Großmächte ihr Leben in die Schanze zu schlagen. Weiter verteidigten wir offen die germanisch-türkische Orientierung (politische Hinneigung nach Deutschland und der Türkei) als einzige Rettung aus der gegenwärtigen schweren Lage unseres Landes, da es ja völlig ausgeschlossen ist, daß wir gleichzeitig den Feind von Norden und den von Süden „schlagen“ würden. Kehren wir nun wieder auf einen Augenblick in unser „Heim“ ein und versuchen wir, uns unsere eigene künftige Stellung im selbständigen trans kaukasischen Staate klar zu machen.

Bis zur Revolution waren wir nur „Untertanen.“ Als solche konnten wir ja unser Schicksal nicht bestimmen; untertänig sein—war die Summe des von der zarischen Regierung geduldeten politischen und national-kulturellen Lebens. Die Revolution brachte uns das große Wort von den bürgerlichen Freiheiten. Die führenden — sozialistischen — Parteien lassen der selbständigen Entwicklung einzelner Bürger, wie einzelner nationalen Gruppen großen Spielraum. Von uns selbst hängt deshalb unsere künftige Lage im Staate ab.

Indem wir die Selbständigkeit Transkaukasiens anstreben, hatten wir unter anderem im Auge, daß dadurch auch viele Gegen-

sätze aus dem Wege geräumt werden könnten, auf die wir stoßen, wenn wir uns an die Erfüllung unserer Bürgerpflichten machen. Sie bildeten das unsichere Fundament unserer gesamten bisherigen Lage. Hier müssen wir deshalb vor allen Dingen eingreifen und ein neues Fundament legen: als freie Bürger, die durch ein freies Land geeinigt wären mit ihren Nachbarvölkern, als Kaukasier wollen wir auftreten können in unserem künftigen Staate. Dazu ist nötig, daß wir in diesem Staate in keiner Beziehung auf Einschränkung unseres naturgemäßen Wachstums stoßen. Mit andern Worten—wir kommen auf den uralten Gedanken zurück, daß ein Staat, der lebensfähig sein will, selbst die lebensfähigen Elemente, d. h. die nötigen Vorbedingungen dazu schaffen muß. Bei den Bürgern bildet ein gesundes Streben nach freier sozial-politischer Entwicklung eine dieser Vorbedingungen. Bei den Deutschen Transkaukasiens ist ein solches, unseres Erachtens, durchaus vorhanden.

Der Staat seinerseits mußte uns volle Personalautonomie garantieren; er dürfte sich nur in jene unsere Angelegenheiten einmischen, die außer uns auch unsere Nachbarvölker oder den gesamten Staat angehen. Dementsprechend hätten wir unsere Kirchen- und Schulangelegenheiten selbst zu regeln. Stundenpläne, Lehrfächer, Lehrbücher, Unterrichtssprache, Anstellung von Lehrern, Schuladministration — das alles wäre Sache unseres Nationalrats, als Ausschuß der Delegiertenversammlung. Es versteht sich dabei natürlich von selbst, daß wir in diesem Falle von den Staatssteuern für Bildungszwecke befreit werden müßten.

Das sei besonders betont, da in dem in diesem Sinne von Herrn Gymnasialdirektor Follat verfaßten Aufsatze dieser Punkt nicht erwähnt war und da die meisten Teilnehmer der letzten Delegiertenversammlung sich mit Zweifel gegen eine Äußerung in diesem Sinne verhielten. Und nicht nur möglich ist es, sondern unbedingt notwendig, weil wir uns keine doppelte Steuerlast aufladen können, wie es ja außerdem auch die Gerechtigkeit erfordert. Wenn wir in unsern Dörfern unsere Mittel- und Volksschulen haben, brauchen wir zum Unterhalt der verschiedenen städtisch-staatlichen Mittel- und Volksschulen offenbar nichts beizutragen, umso mehr, da unsere kulturelle Entwicklung uns erlaubt, bessere Bildung zu erwerben, als das Ministerium, das besonders rückständigeren Völkergruppen wir unter die Arme greifen müssen. Übrigens werden vielleicht auch die andern Völker Transkaukasiens eigene Wege einschlagen, und die Rolle eines Unterrichtsministeriums wird möglicherweise fast nur in der Ausgleichung möglicher Gegensätze bestehen. Haben doch die Grusiner jetzt schon ihre Universität!

Auch im übrigen wollen wir unsere nationalen Einrichtungen weiter entwickeln, ja bis ins kleinste vervollkommen. Der Nationalrat müßte gewissermaßen zu unserer Regierung, die Delegiertenversammlung zu unserem Parlament werden. Der Nationalrat müßte also die Beschlüsse der D. B. ins Leben umsetzen; er müßte in allen Fällen im Sinne der Bestimmungen der D. B. handeln. Die Delegiertenver-

sammlung ihrerseits hätte die Arbeit des Nationalrats zu prüfen, durch Kritik seine Richtlinie zu bestimmen und seinen Bestand zu wählen. Die Mitglieder des Nationalrats sollten in der Del.-Vers. nicht stimmberechtigt sein, sondern ihr Kloss als Rechenschaft und Erklärung abgebende Personen bewohnen.

Einzelne Mitglieder des Nationalrats müßten mit der Leitung einzelner Seiten unfres sozial-politischen und kultur-nationalen Lebens betraut werden, d. h. wichtigere Angelegenheiten, wie Volksbildung, Landwirtschaft usw., müßten hinsichtlich ihrer Verwaltung in besondere Abteilungen ausgeschieden werden, mit besonderen Aufgaben. Die Abteilung für Volksbildung hätte z. B. ständige Wanderlehrer anzustellen; ihnen müßte eine bestimmte Sammlung notwendiger Lehrmittel (Wandbilder, Lichtbildapparate, physikalische Instrumente usw.) zur Verfügung stehen.

Die Abteilung für Landwirtschaft würde eigene Versuchsfelder unterhalten müssen, eigene Agronomen anstellen, diesen Agronomen besondere Aufgaben stellen usw.

Es würde zu weit führen, wollten wir alle Einzelheiten vor-ausbestimmen. Mit dieser Arbeit würde sich eine außerordentliche Delegiertenversammlung, die ihrem Wesen nach an eine verfassungsgelende Versammlung erinnern müßte, beschäftigen. Aufgabe dieser Zeiten ist nur, einige Linien zu ziehen auf dem Gebiete des nationalen und allgemein-bürgerlichen Schaffens.

Aber sind das alles nicht bloß Träumereien? Können z. B. wir, als nationale Minderheit, im Ernst und mit festem Glauben von den obigen nationalen Aufgaben reden?

Wenn Transkaukasien selbständig bleibt — unbedingt. Es hiesse die Würde unserer Demokratie, die so viel für die nationale Sache gekämpft hat, herabsetzen, wollte man in diesem Falle es für möglich halten, daß sie das Zarenregime der Knechtung des nationalen Geistes fortsetzen würde. So energisch unser Landtag sich an die soziale Gesetzgebung gemacht hat, ebenso energisch wird er sich seinerzeit voraussichtlich auch an die nationale Gesetzgebung machen. Bis dahin aber müßten wir schon einen bestimmten Entwurf unserer nationalen Verfassung ausgearbeitet haben, um ihn, wann erforderlich, dem Landtag unterbreiten zu können. Es ist daher nicht nur Bürger-, sondern auch nationale Pflicht eines jeden einzelnen von uns, unsern jungen Staat mit seiner gesetzgebenden Körperschaft nach Kräften zu unterstützen und sich persönlich rechtzeitig klar zu werden über seine Wünsche auf nationalem Gebiete.

Und das ist die wichtigste und notwendigste Aufgabe des Moments. Vor dieser Aufgabe müssen alle andern zurücktreten!

Der Kollektivgedanke ist das Fundament erfolgreichen Schaffens der Führer.

„Deutschland über alles“ oder „Transkaukasien vor allem“?

Wie einige andre Blätter, so hat sich auch die „Vorjba“ schon mehrmals die Mühe gegeben, unfre Leitartikel ins Russische zu übersetzen und in ihren Spalten wiedergzugeben. In ihrer Nummer vom 11. April bringt sie nun unsern Leitartikel „Zur Lage“ aus Nr. 14 und beehrt uns mit folgendem Begleiterschreiben: „Das alles ist sehr schön: die deutsche Zeitung spricht so, wie es einem wohlgezogenen Deutschen geziemt, der fest im Gedächtnisse hat, daß „Deutschland über alles“ ist. Nur ist nicht klar, wer diese „wir“ sind, im Namen deren die geachtete Zeitung spricht. Wenn sie im Namen der transkaukasischen Demokratie spricht, so klingt das, gelinde gesagt, sonderbar, und wir gestatten uns anzunehmen, daß die „Ertoba“ eher die Stimmung der Demokratie wiedergibt, als die „Kaufasische Post.“

Wir weisen dieses Identifizieren der politischen Ideale der deutschen Bürger Transkaukasiens mit denen vieler deutschen Bürger Deutschlands mit Enttäuschung zurück. Unfre politische Ideale sind in Wort und Schrift, zum Teil auch in der „K. P.“, schon mehrmals formuliert worden, und wir haben keinen Grund, diesbezüglich Versteck zu spielen: dazu sind wir viel zu stolz! Und auch die transkaukasische Demokratie, aus deren Reihen uns keine Skribenten austreten werden, achten wir viel zu hoch, um mit ihr nicht offen sprechen zu können.

Was die einer ersten Zeitung unwürdige Bemerkung der „Vorjba“ im einzelnen betrifft, so lassen wir uns keine grauen Haare darüber wachsen, daß sie uns dort des chauvinistischen Nationalismus beschuldigt, wo es uns nur daran gelegen ist, unfre Bürgerpflicht zu erfüllen und unfrem Heimatlande nach Kräften mit Rat beizustehen: Dieses Kompliment wurde seinerzeit auch der „Respublika“ gemacht, als sie den Weg einschlug, auf dem ihr jetzt nicht nur ihre Parteigänger gefolgt sind, sondern auch der ganze Landtag, und mithin auch jene Fraktion, in deren Namen die „Vorjba“ und die „Ertoba“ zu sprechen die Ehre haben. Die „Schult“ der „Respublika“, der „K. P.“ und einiger anderer Blätter besteht also nur darin, daß sie bahnbrechend vorangegangen sind und den Gesinnungsgenossen der „Vorjba“ die Augen zu öffnen versucht haben. Auch wollen wir für „Ertoba“, die zu schützen die „Vorjba“ allem Anscheine nach sehr notwendig hält, die ihr längst zuerkannte Siegespalme nicht strittig machen. Nur eins möge die „Vorjba“ sich sagen lassen und ihrer Genossin in grusinischer Sprache übermitteln: Wenn die „Ertoba“ noch mehrmals so über den Strang schlagen wird, wie in der Frage der Selbständigkeitsklärung, und wenn die „Vorjba“ noch mehrmals den Advokaten eines Blattes spielen wird, nachdem dieses Blatt sich selbst auf den Standpunkt seines Gegners gestellt hat, schon könnte eines Tages wirklich bestritten werden, was jetzt schon die „Vorjba“, ohne angegriffen zu sein, verteidigt. Gerade die „Menschewiki“ sollten hierin Erfahrung haben.

Wer an Transkaukasien vor allem denkt, der wird in diesen schweren Tagen Tradition und selbst Reputation seiner Partei nicht um Ausgangspunkt seiner politischen Richtlinie machen.

Im Leitartikel vom 12. April schreibt die „Vorjba“: „Die Selbständigkeitsklärung geht aus von einem Organ, das auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts entstanden ist, und wir müssen unfren Willen beugen vor dem Willen des Volkes.“

Also?!

—ck—

Z u l a n d.

Auf der Landtagssitzung vom 9. April erstattete der Vorsitzende der transkaukasischen Friedensdelegation A. J. Tschenteli Bericht über den Verlauf der Friedensverhandlungen in Trapezont.

Die Verhandlungen begannen am 1. März und währten bis zum 31. März. Offizielle Konferenzen waren 6, private — 2. Den Vorsitz führte Kauf-Bei.

Die türkische Delegation verstand die Friedensunterhandlungen als Besprechung der künftigen Handelsbeziehungen zwischen Transkaukasien und der Türkei, in der Voraussetzung, daß Kars, Ardagan und Batum laut dem Brest-Litowsker Vertrag selbstverständlich an die Türkei übergeben. Die transkaukasische Delegation hingegen ersah in der Tatsache der Führung der Friedensverhandlungen einen Beweis der beiderseitigen Verneinung des Brest-Vertrags und wollte dementsprechend über die Frage der Feststellung von Grenzlinien unterhandeln.

Als nach einer Unterbrechung am 23. März die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, erklärte sich unsere Delegation bereit, den ganzen Rayon Oltu, den südlichen Teil des Karzer und den westlichen Teil des Kagysmaner Gebiets abzutreten. Nachdem die türkische Delegation bei ihrer Regierung eine Anfrage gemacht hatte, stellte sie am 24. März die ultimative Forderung, daß unsere Delegation in 48 Stunden die endgültigen Vorschläge Transkaukasiens vorstelle. Am 26. März bekam Tschchenkeli die Antwort der transkaukasischen Regierung, worauf er nach einem einstimmigen Beschluß der transkaukasischen Friedensdelegation nach Tiflis telegraphierte, daß es notwendig sei, den Presti-Witowsker Vertrag anzunehmen. Obwohl die Antwort der Regierung verspätete, ging die transkaukasische Delegation auf den Breiter Vertrag ein. Hierauf teilte Kauf-Bei mit, daß die Türkei es für notwendig erachte, zu den weiteren Friedensverhandlungen ihre Verbündeten einzuladen, um einen allgemeinen „Freundschafts-Bund“ zu schließen, daß aber diesem Schritt die Selbständigkeitserklärung Transkaukasiens vorausgehen müsse. Am 1. April wurde die transkaukasische Delegation abberufen. Vor ihrer Abreise stellte sie (wiederum auf eigene Verantwortung, diesmal direkt gegen den Beschluß des Landtags vom 31. März) in einer Privatberatung mit der türkischen Delegation fest, daß die Abreise nur als zeitweilige Unterbrechung der Verhandlungen anzusehen sei. Der Verlauf der Dinge in Tiflis nach der Ankunft der Delegation ist unsern Lesern hinlänglich bekannt. Über die Sitzung des Landtags vom 9. April werden wir in der nächsten Nr. besonders berichten.

— Auf den Vorschlag des neuen Ministerpräsidenten A. J. Tschchenkeli wurde am 11. April an der ganzen Front Waffenstillstand geschlossen.

— Das neue Kabinett hat in seinem Bestande keine wesentliche Veränderung erfahren. Zurückgetreten sind Gegeschfori und Chartschikjan. Ersterer wurde im Amte des Ministerpräsidenten vom Minister des Äußern A. J. Tschchenkeli ersetzt, im Amte des Kriegsministers — von Georgabse (S.-Dem.), letzterer (der Finanzminister Chartschikjan) durch das ehemalige Stadthaupt von Tiflis — A. J. Chatschisow.

— Die Bolschewiki von Batu teilen mit, daß sie keiner Delegation des „kontre-revolutionären“ Landtags bedürfen. Sie, die Bolschewiki, wollten schon allein fertig werden mit den Kontre-revolutionären, und zwar mit allen ohne Ausnahme.

Über das Vorrücken der bolschewistischen Truppen laufen keine Nachrichten ein.

— Im Zusammenhang mit der Selbständigkeitserklärung ist in Tiflis eine bedeutende Gärung entstanden. Die russischen Kreise, die sich um den russischen Nationalrat, um die Partei der Kadetten und um die „Snamja Truda“ scharen, werden in ihren Protestrufen immer lauter und sprechen sich schon offen für die Bolschewiki aus. Da auch gewisse armenische Kreise diese Strömung unterstützen, und da sie auf die Strafe getragen wird, so ersieht man in ihr mit Recht keine Gefahr für die Existenz unsres jungen selbständigen Staates. Diese Richtung der Geister gibt Anlaß zu den verschiedensten läppischen Gerüchten, deren in Tiflis in den letzten Tagen stündlich Dugende austauschen.

Während die „Sn. Tr.“, die „Mar. Sw.“ u. a. solcher Art Stimmung machen, legt sich die „Vorjba“ volle Rechenschaft ab über den Ernst des Augenblicks und führt unter anderem aus: „Gegenwärtig ist jeder Streit über die Selbständigkeitserklärung unnützlich.... Jeder Versuch, den Entschluß des Volkes gewaltsam zu ändern, dem Volke unter dem Druck der Waffe diese oder jene Orientierung aufzubinden, ist unsres Erachtens verbrecherisch und muß bei der Demokratie auf scharfen Widerstand stoßen.“

Die nächsten Tage könnten uns vor große Überraschungen stellen. —

Der Bolschewismus.

Auf dem ersten Kongreß (Zusammenkunft) russischer Sozialdemokraten, welcher im Jahre 1898 in Plesostof stattfand, wurde die „Russische Sozial-Demokratische Arbeiter-Partei“ („Российская Социал-Демократическая Рабочая Партия“) begründet, wie aus dem vom Kongreß erlassenen „Manifest“ („Манифест Р. С.-Д. П. П.“) zu ersehen ist. Nebenbei sei bemerkt, daß sozialdemokratische Verbände in Rußland auch schon vor dem besagten Kongreß gebildet worden waren, wie z. B. der „Nördliche Arbeiter-Verband“ der „Verband zur Befreiung der Arbeit“ und andere, doch hatten sie größtenteils nur lokale (örtliche) Bedeutung und waren nicht dazu angetan, ein gemeinsames Band um die Arbeiterchaft Rußlands zu schlingen. Diese Bedeutung gewann erst die neugeschaffene „Arbeiter-Partei“. Ihr Programm (Darlegung der ökonomischen und politischen Grundfätze) wurde erst auf dem nächsten Kongreß, welcher im Jahre 1903 in London tagte, bestimmt und ist hernach, namentlich auf dem Kongreß, welcher im Jahre 1906 in Stockholm stattfand, ergänzt und teilweise verändert worden. Aufgebaut ist das Programm auf den Grundfätzen des Sozialismus, wie ihn seine bekanntesten Theoretiker: der Franzose Blanc und die Deutschen Marx, Lassalle, Engels, Kautskij, Bernstein u. a. in ihren zahlreichen diesbezüglichen Schriften aufzufassen und den breiten Massen verständlich machten. Von diesen Grundfätzen ausgehend, wurden in das Programm folgende Hauptpunkte aufgenommen: Befreiung der Arbeit von der Herrschaft des Kapitals; Erwerbung gewisser politischer Freiheiten (im Programm näher bezeichnet); Schaffung einer demokratischen Republik an Stelle der autokratischen (selbstherrlichen) Monarchie, welche jenen Freiheiten im Wege steht; das Einkammersystem (die Volksvertretung) in nur einer gesetzgebenden Körperschaft, also ohne Oberhaus, gedacht); allgemeines, freies, gleiches und direktes Wahlrecht etc. Die Ausarbeitung des Programms ging verhältnismäßig glatt vonstatten. Über die Art und Weise seiner Ausführung aber konnten sich die Mitglieder des Kongresses von 1903 von vornherein nicht einigen. Martow und Plechanow betonten, daß die Natur des Sozialismus die Zustimmung der gesamten Gesellschaft, oder wenigstens ihrer überwiegenden Mehrheit, zu den anzustrebenden Verbesserungen der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse erfordere, und hielten deshalb dafür, daß das Programm nur allmählich und zwar unter Mitwirkung der sogenannten Bourgeoisie (Würgerschaft) durchzuführen sei, mit anderen Worten — auf dem Wege der Evolution (naturgemäße Entwicklung), während Lenin-Uljanow sich dahin ausdrückte, daß die Neugestaltung der Gesellschaftsordnung durch Befreiung der arbeitenden Bevölkerungsschichten, einschließlich der Landarbeiter, also des sog. Proletariats, von der Exploitation (Ausnutzung) durch die besitzenden Klassen sofort in Angriff zu nehmen sei und zwar mit Gewalt durchgeführt werden müßte, falls das Proletariat sich nur stark genug dazu fühlte, etwa, wenn es hinreichend bewaffnet wäre oder das Militär auf seiner Seite wüßte, wobei es der Zustimmung des übrigen Teils der Bevölkerung gar nicht bedürfe, zumal die sog. Bourgeoisie wegen des natürlichen Gegenfazes ihrer Interessen gegen die der arbeitenden Klassen von der Revolution nicht nur auszuschalten, sondern womöglich ganz zu beseitigen sei. Die Auffassung Lenins-Uljanows gewann auf dem Kongreß die Majorität, während die Martows und Plechanows nur die Minorität für sich hatte. Auf dem nächsten Kongreß änderte sich freilich dieses Verhältnis: die „Leninzy“ befanden sich in der Minderheit, während die „Martowzy“ die Mehrheit erwarben (die 1903 eingetretene Spaltung in der Partei führte nun zum Bruch), da aber die „Leninzy“ trotzdem darauf beharrten, die eigentliche Mehrheit zu

beissen, gemäß der Abstimmung von 1903, so nannten sie sich fortan: „Bolschewiki“ (vom Worte „БОЛЬШИНСТВО“ abgeleitet), für die „Мартыны“ aber wurde die Bezeichnung „Menschewiki“ (vom Worte „МЕНЬШИНСТВО“ abgeleitet) üblich. Dem Programm nach gebören jedoch beide Gruppen zu ein und derselben Partei, d. h. der sozialdemokratischen, unterscheiden sich aber bezüglich der Taktik d. h. Ausführung des Programms wesentlich von einander, wie die Ereignisse der Revolution, namentlich seit der Umwälzung vom Oktober vorigen Jahres, zur Genüge dargetan haben.

Die Bolschewiki (verdeutsch: Bolschewiken) werden vielfach auch „Maximalisten“, die Menschewiki (verdeutsch: Menschewiken) — „Minimalisten“ genannt. Man unterscheidet in der russischen sozialdemokratischen Partei auch das „Programm-Maximum“ vom „Programm-Minimum“, von denen ersteres den Bolschewiki oder Maximalisten, letzteres den Menschewiki oder Minimalisten zur Richtschnur dient. Doch haben diese Bezeichnungen keineswegs den Sinn, als verfolgten die Bolschewiki wesentlich andere und zwar weiter gesteckte Ziele, als die Menschewiki, als gäbe es ein wesentlich verschiedenes Höchst- oder Mindestmaß der irdellen Bestrebungen innerhalb der russischen sozialdemokratischen Partei, ein Maximum oder Minimum des zu erreichenden sozial-politischen Ideals. Nein, dieses Maximum und Minimum beziehen sich nur auf die Taktik, die Ausführung des einheitlichen Parteiprogramms. Soweit es das Wesen des letzteren betrifft, nicht die Methoden seiner Verwirklichung, stimmen beide Gruppen, wir wiederholen es, überein. Weil sie nun aber in der Ausgestaltung des Programms verschiedene Wege gehen und hinsichtlich jener wohl ein Höchst- und ein Mindestmaß, ein „Programm-Maximum“ und ein „Programm-Minimum“ existieren, so darf auch füglich, in Berücksichtigung einer solchen Verschiedenheit der beiderseitigen Taktik, von Maximalisten und Minimalisten bei den Sozialdemokraten Rußlands die Rede sein.

Die Taktik der Bolschewiki widerspricht zweifelsohne dem wahren Wesen des Sozialismus, denn gemäß ihm soll ja die gesamte bürgerliche Gesellschaft, und nicht lediglich ein Teil derselben, auf Gemeinsamkeit der Arbeit, verhältnismäßige Verteilung des Ertrags und dementsprechend auch gleiche Verteilung des Besitzes gegründet werden, was aber nur mit Zustimmung aller Interessenten oder wenigstens eines überwiegend großen Teils der Gesellschaft geschehen kann. Mehr als das: die Taktik der Bolschewiki ist nicht einmal mit dem Begriff der Demokratie, d. h. der Volksherrschaft, der Staatsverfassung, bei welcher die gleichberechtigten Bürger die höchste Gewalt selbst ausüben, vereinbar; denn wenn die Mehrheit der Bürger durch die bewaffnete Minderheit zur Annahme der neuen Gesellschaftsordnung gezwungen werden kann und darf, wie es die Bolschewiki meinen, so wird eben durch diese Vergewaltigung der eigentliche Wille der Gesellschaft, welcher in der Regel als durch den Mehrheitsbeschluß ausgedrückt gilt, lahmgelegt, und die Wirksamkeit der von der gestählten Minderheit erlassenen Befehle und Verordnungen ist nicht durch den freien Entschluß der Gesamtheit, den sog. Volkswillen, bedingt, sondern beruht auf Willkür, auf Zwang, der für niemand Verbindlichkeiten erzeugt und deshalb auch keine dauernde Neuordnung der sozial-politischen Verhältnisse herbeiführen kann. Nicht mit Unrecht sprechen daher viele den Bolschewiki überhaupt das Recht ab, sich Sozialisten oder sei es auch bloß Demokraten, im eigentlichen Sinne dieses Wortes, zu nennen, und nicht mit Unrecht hat ein Kritiker Lenin-Miljanow ihm vorgehalten, daß, wenn er gleichwohl seine Lösungen dem Sozialismus entlehnt habe, die Methoden, welche er zu deren Verwirklichung anwende, vom römischen Cäsarismus oder dem russischen Zarismus übernommen seien. Die Diktatur des bewaffneten Proletariats, mit all' ihren Begleiterscheinungen erinnert denn auch nur zu lebhaft an die Prätorianerherrschaft römischer Cäsaren, die Herrschaft der ungebundenen Soldateska, oder an die Kosakenherrschaft der russischen Zaren, die Herrschaft der Knute.

(Schluß folgt.)

Die Landfrage.

(Fortsetzung.)

Wenn's also kein Eigentumsrecht auf Land und Maschine gäbe, wäre die Menschheit nicht gespalten in zwei Lager: in solche, die ihre Arbeit verkaufen (Proletariat), und in solche, die fremde Arbeit kaufen, um ihre Produktionsmittel in Gang zu bringen (Bourgeoisie, „Burschua“). Diese Spaltung ist aber die Ursache aller Kämpfe in

der Weltgeschichte. „Die Geschichte ist weiter nichts als ein Klassenkampf“ (ein Kampf zwischen Arm und Reich, zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie) sagt der zweite Grundleger des Sozialismus, Friedrich Engels. Und „der Staat ist weiter nichts, als die Organisation einer herrschenden Klasse: im Altertum war es die Organisation der Eupatriden, die die Sklaven knechteten (Griechenland), und die der Patrizier, die die Plebejer knechteten (Rom). Im Mittelalter war es die Organisation der Feudalen (Großgrundbesitzer) gegen die Bilanen (Bauern), und jetzt ist der Staat die Organisation der „Bourgeoisie“ *) (Burschua — die Klasse der Fabrikanten, Großhändler und auch den Güterbesitzer, insofern sie kapitalistische Wirtschaft betreiben, d. h. Wirtschaft mit gedungenem Personal und Maschinenbetrieb).

Indem wir Sozialisten also die heutige Sachlage überschauen, kommen wir zum Schluß: Wie bei den Griechen, wie bei den Römern, wie im Mittelalter, so ist auch heute die Menschheit in zwei Lager gespalten, die sich bekämpfen (Klassenkampf). Dieser Klassenkampf muß ausgekämpft, d. h. ihm muß ein Ende gemacht werden. Und um das zu erreichen, müßte nach unsrer Meinung das Eigentumsrecht auf Produktionsmittel aufgehoben werden, weil gerade der Privatbesitz es war und ist, der die aufgezählten Klassenunterschiede geboren hat und gebärt.

Dem angenehmen Gefühl, ein Grundstück sein Eigen nennen zu dürfen, stellen wir also ein andres angenehmes Gefühl gegenüber: das Gefühl der Garantie (der Versicherung) gegen Unruhen, Revolutionen und gegen Kriege.

„Revolutionen werden nicht gemacht; sie vollziehen sich“, sagt Karl Marx, der erste Grundleger des Sozialismus. Damit ist gesagt, daß so lange Revolutionen ausbrechen werden, so lange die Menschheit, statt eine Familie der Arbeit, ein Lager der Knechte und ein Lager der Herren darstellen wird, und daß diese Revolutionen nicht nach Rezepten gemacht werden, sondern daß sie sich selbst vollziehen, also große Verheerungen und viel Unheil mit sich bringen werden und immer stattfinden, wenn die Gesellschaft wirtschaftlich zu schroff in zwei Lager zerfällt.

Die russische Revolution zeigt, wie richtig Karl Marx das Wesen des Klassenkampfes und somit des Geschichtslaufs vorhergesehen hat: Wären in Rußland die einen nicht allmächtig gewesen, und wären die andern nicht bloß als *серая скотинка* gehalten worden, so wäre es entweder nicht zur Revolution gekommen, oder es wäre jedenfalls nicht der Durchschnittsbauer in Mittelendenschaft gezogen worden; es hätte der Großgrundbesitzer sein Land eingekauft und nur.

Jetzt aber müssen alle leiden. Und das ist bei jeder Revolution. Und auf dem Holzwege sind jene, die da meinen, es könnte in absehbarer Zeit Ordnung geben. Wenn das Meer aufgeweicht ist, toben die Wellen auch dann noch lange weiter, wenn der Wind sich schon gelegt hat.

Wenn wir uns nicht lossagen von der Anhänglichkeit an den Privatbesitz (und tun werden wir's nicht; wir haben noch nicht genug gelitten und erfahren), so werden in einigen Jahrzehnten wiederum einige Personen viel Land in ihren Händen haben, während andere wiederum landlos dastehen werden.

Und dann wird sich die Geschichte wiederholen; dann gibt's einen neuen Herenkessel.

Gewöhnlich brechen die Revolutionen zu Kriegszeiten aus. Erstens — weil da der Staat, die Organisation, der Stützpunkt der herrschenden Klasse, seine Streitkraft nach außen wenden muß und also seinen inneren Feind nicht so straff im Zaum halten kann, und zweitens — weil gerade zur Kriegszeit bei den Besitzlosen der Verdanken wach wird: was soll ich verteidigen? Für was soll ich meinen Kopf hinhalten? Und wenn er obendrein noch sieht, daß gerade jene, die Vermögen zu verteidigen hätten, durch dieses Vermögen sich die Möglichkeit erwerben, hinter der Front zu bleiben, so macht sich sein Unwille Luft: es beginnt zu gären, und die Revolution „vollzieht sich“, Schuldige, sowie Unschuldige strafend.

(Ein deutscher Sozialist)

*) Fr. Engels. Zitiere nach dem Gedächtnis, vielleicht also nicht ganz pünktlich.

Herausgeber: Das 3.-K. des transkauk. deutschen Verbandes
Redakteur: L. Kotheder.